



Bauarbeiter in Warschau: Hervorragend ausgebildet, motiviert und mobil

PIOTR MALECKI / DER SPIEGEL

EUROPA

Schröders Sieg, Schröders Fehler

Vom 1. Mai an dürfen sich Osteuropäer frei in der Bundesrepublik niederlassen, sieben Jahre später als anderswo. Die Angst vor Lohnrückern hat der deutschen Wirtschaft nur geschadet.

Nirgendwo in Warschau ist der Aufschwung so augenfällig wie an der Strecke zwischen dem Frédéric-Chopin-Flughafen und dem Zentrum. Im Stadtteil Mokotów residieren jetzt Investoren wie Axel Springer, Unilever und Kraft Foods. Sie haben Bürokomplexe in Stahl und Glas hochgezogen, die Namen tragen wie „Iulipan House“ oder „Optimus Business Park“.

Im „Trinity Park“ hat sich die amerikanische Kopiererfirma Xerox niedergelassen, auch ihre Geschäfte laufen bestens, der polnischen Wirtschaft geht es gut.

Personalchef Sebastian Gerstmann macht sich trotzdem Sorgen, wenn er an die Zukunft denkt, eine Zukunft, die am 1. Mai anbricht: „Ich sehe die Gefahr, dass wir viele unserer gutausgebildeten Computerfachleute verlieren. Gerade die, die jetzt von den Universitäten kommen, könnten abwandern – weil sie bessere Angebote aus Deutschland bekommen.“ Hatte nicht Wirtschaftsminister Rainer Brüderle unlängst gesagt, dass die deutsche Wirtschaft mindestens 66 000 IT-Spezialisten brauche? In Gerstmanns Ohren klang das wie eine Drohung.

Vom 1. Mai an dürfen sich polnische, tschechische, baltische und ungarische Arbeitnehmer frei in der Bundesrepublik und in Österreich bewerben. Bisher war

das verboten, weil der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder beim Beitritt der Osteuropäer zur Europäischen Union eine siebenjährige Übergangsfrist durchgesetzt hatte. Der Sozialdemokrat wollte deutschen Tischlern, Schweißern, Drehern und Programmierern die billige Konkurrenz aus dem Osten ersparen.

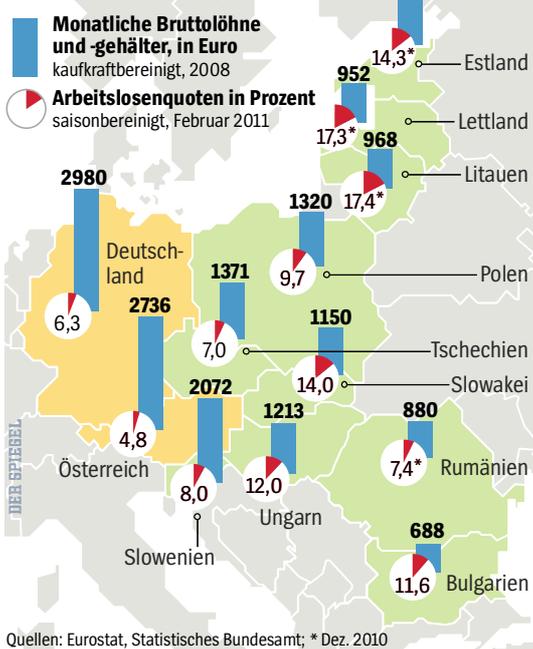
Doch jetzt ist die Schonzeit abgelaufen, theoretisch können bis zu 50 Millionen Osteuropäer jede beliebige Stelle in Deutschland annehmen. Aber die Vorzeichen haben sich gründlich geändert. Deutschland boomt, Osteuropas Wirtschaften aber haben die sozialistische Erblast abgeschüttelt, auch sie verzeichnen hohe Wachstumsraten.

Die Angst hat inzwischen die Seiten gewechselt: Die Deutschen fürchten die Arbeiter aus dem Osten nicht mehr – im Gegenteil, sie wollen sie sogar haben. Wahrscheinlich kommen gar nicht genug, um den Hunger deutscher Manager nach Arbeitskräften zu stillen. Polen, Tschechen, Slowaken und Ungarn aber sorgen sich, dass ihnen die klügsten Köpfe und die besten Handwerker abgeworben werden.

Gerstmann hält seine Landsleute für hervorragend ausgebildet, sie beherrschen Fremdsprachen und sind motiviert – Eigenschaften, die ihm jetzt Angst machen. „Wir polnischen Arbeitgeber werden höhere Löhne zahlen und bessere Perspektiven bieten müssen, um die Leute im Land zu halten“, sagt er. Noch immer verdient ein Programmierer in Deutschland das Doppelte seines polnischen Kollegen. Umfragen zufolge ist Gerstmann nicht allein: 40 Prozent aller größeren polnischen Arbeitgeber fürchten „negative Folgen“ der Grenzöffnung.

Dass osteuropäische Arbeitnehmer hochmobil sind, haben sie gleich nach

Reizvoller Westen



dem EU-Beitritt 2004 unter Beweis gestellt. Allein zwei Millionen Polen sind damals zum Arbeiten in den westlichen Teil Europas gezogen, nach Großbritannien, Irland oder in die Niederlande.

Diesmal wird der Ansturm kleiner ausfallen. Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung in Nürnberg erwartet, dass höchstens 140 000 Personen jährlich nach Deutschland kommen werden. Die Warschauer Demografin Krystyna Iglicka (s. Interview) rechnet allein aus Polen sogar mit bis zu einer Million Auswanderer, allerdings verteilt über die nächsten Jahre.

Diese Zahlen sind groß genug, um polnische und tschechische Arbeitgeber zu beunruhigen, aber zu klein, um ihre Kollegen in Deutschland zufriedenzustellen.

Den Deutschen gehen die Fachkräfte aus, die Bevölkerung schrumpft. Wenn ab 2020 die ersten Babyboomer in Rente gehen, werden voraussichtlich mehr Menschen aus dem Berufsleben ausscheiden als junge auf den Arbeitsmarkt kommen. Und weil in nahezu allen europäischen Ländern die Lage kaum anders ist, hat ein internationaler Wettbewerb um Fachkräfte begonnen. Die Zeiten, in denen Deutschland nur rufen musste und die Zuwanderer daraufhin herbeiströmten, sind passé. 2008 und 2009 kehrten mehr Menschen Deutschland den Rücken, als umgekehrt einwanderten.

Deutschland kommt nun zu spät, um sich die Spitzenkräfte unter den osteuropäischen Ingenieuren und IT-Experten zu sichern: Die jüngsten und besonders dynamischen arbeiten bereits in Großbritannien oder Schweden, meint das Kölner Institut der deutschen Wirtschaft. Dort haben sie sich eingerichtet, Karriere gemacht und Familien gegründet, während die Bundesrepublik es vorgezogen hat, sich hinter dem siebenjährigen Niederlassungsverbot einzugeln.

„Diese zögerliche Haltung, aus Angst vor vermeintlichen Belastungen für den deutschen Arbeitsmarkt, erweist sich jetzt als großer Fehler“, sagt Klaus Zimmermann, Chef des Bonner Instituts zur Zukunft der Arbeit. Auf einer Fachkonferenz in Warschau forderte Zimmermann diese Woche, deutsche Unternehmen sollten nicht erst warten, bis die Polen, Tschechen und Balten kämen, sondern sie rechtzeitig umwerben.

Aus dem Westen Polens, wo die Bundesrepublik besonders nah ist und wo viele junge Leute ohnehin Deutsch sprechen, werden wohl die meisten Arbeitskräfte abwandern.

In Wrocław, dem früheren Breslau, hat die Universität schon vor fünf Jahren reagiert und begonnen, nun ihrerseits akademischen Nachwuchs in weiter östlich gelegenen Ländern anzuwerben. Es kamen 500 Studenten – aus der Ukraine, Weißrussland, Moldau und Kasachstan.

MARKUS DETTMER, JAN PUHL

„Die Deutschen sollten sich freuen“

Die Warschauer Migrationsexpertin und Regierungsberaterin Krystyna Iglicka, 46, über die Einwanderung aus Polen

SPIEGEL: Nach dem Ende der siebenjährigen Sperrfrist dürfen sich polnische, tschechische und andere Arbeitnehmer aus den mittelosteuropäischen EU-Ländern frei in der Bundesrepublik und in Österreich niederlassen. Wie viele werden kommen?

Iglicka: Für die nächsten zwei Jahre rechne ich allein aus Polen mit 500 000 bis zu einer Million Zuwanderern.

SPIEGEL: Bereits nach dem EU-Beitritt 2004 zog es rund zwei Millionen Ihrer Landsleute nach Großbritannien, Irland oder in die Niederlande. Warum wollen jetzt noch so viele in die Bundesrepublik?

Iglicka: Deutschland liegt nah, der Wirtschaft geht es gut, es gibt eine hohe Nachfrage nach Arbeitskräften. Überdies wohnen schon viele Polen in Deutschland, Neuankömmlinge können auf ein Netzwerk aus Verwandten und Bekannten zurückgreifen.

SPIEGEL: Das Risiko ist also gering?

Iglicka: Die Hemmschwelle ist niedriger als 2004. Damals stiegen viele ins Flugzeug nach Irland oder Großbritannien, obwohl sie dort niemanden kannten. Heute fahren Auswanderer nur ein paar hundert Kilometer nach Westen und sind im Notfall in ein paar Stunden wieder zu Hause. Deutschland war schon immer eines der Hauptziele der Polen.

SPIEGEL: Müssen die Deutschen die Neuankömmlinge fürchten?

Iglicka: Nein, sie sollten sich freuen. Die Bundesrepublik braucht Einwanderer, die demografische Situation ist fatal, die Deutschen bekommen zu wenig Kinder. In Großbritannien und Irland haben die vielen Einwanderer aus Osteuropa zum wirtschaftlichen Erfolg beigetragen. Die Neuankömmlinge sind motiviert, fleißig, konsumfreudig und zahlen Steuern. Demografen schätzen, dass die Bundesrepublik jährlich 300 000 neue Arbeitnehmer braucht, um ein Wachstum von zwei bis drei Prozent zu halten.

SPIEGEL: Viele Deutsche haben Angst, dass die billigen Arbeiter aus dem Osten ihnen die Jobs wegnehmen oder die Löhne verderben.

Iglicka: Die Erfahrungen mit der Einwanderung nach Großbritannien und Irland haben gezeigt, dass genau das nicht passiert. Die Polen werden oft auch die schweren und dreckigen Arbeiten übernehmen, die die Deutschen gar nicht wollen. Deutsche stehen keinen Spargel, sie arbeiten auch immer seltener in der Altenpflege. Außerdem assimilieren sich Polen und andere Osteuropäer viel leichter: Sie entstammen einem christlichen Kulturkreis, bilden keine Wohnghettos, sie schüren längst nicht so viele Ängste wie Einwanderer aus Afrika oder Bangladesch.

SPIEGEL: Wollen die Polen auf Dauer in Deutschland bleiben?

Iglicka: Wir Polen sind ein interessanter Fall: Die Mehrheit unserer Migranten will angeblich wieder zurückkommen. Doch jetzt

zeigt sich, dass die meisten Auswanderer, etwa in Großbritannien, sich doch auf einen langen Aufenthalt eingestellt haben. Sie haben ihre Familien nachgeholt und Kinder bekommen – sie leisten einen messbaren Beitrag zur Verjüngung der britischen Gesellschaft.

SPIEGEL: Die Sperrfrist nach dem EU-Beitritt der Erweiterungsländer hatte der damalige Kanzler Gerhard Schröder ausgehandelt. War das ein Fehler?

Iglicka: Ja. Die Deutschen haben eine Chance verpasst. Die besonders dynamischen Migranten sind nach Großbritannien gegangen und nicht in die Bundesrepublik. Innerhalb der EU herrscht heute ein knallharter Wettbewerb um Arbeitskräfte. Nicht die Deutschen sollten die nächste Wanderungswelle fürchten, sondern wir. Uns Polen ziehen die Arbeitskräfte davon, aber zu uns will keiner kommen.

INTERVIEW: JAN PUHL



Ökonomin Iglicka
„Ein knallharter Wettbewerb“

BARCZ BOROWSKI / AGENCJA GAZETA